

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

106 (9.5.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83268](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83268)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochtaet Zeitung, Dammers Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark, zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.58 Mark, einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restameile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in unserem eigenem Betriebe oder beim unserer Lieferanten haben der Verlag und Verleger keine Verantwortlichkeit, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint.

Nr. 106. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Freitag, 9. Mai 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Borelmann, Achternstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

# Ein Knechtsfriede — kein Rechtsfriede.

## Weiteres aus den Friedensbedingungen.

WTB. Berlin, 7. Mai. Der von Reuter veröffentlichte Auszug aus den Friedensbedingungen enthält u. a. folgende Angaben: Deutschland tritt an Polen den größten Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer ab. Die südliche und östliche Grenze Ostpreußens gegenüber Polen wird durch Volksabstimmung bestimmt. Dazwischen wird kein unmittelbarer Übergang freigestellt. Belgien erhält das fruchtbarste Gebiet von Moeresnet, einen Teil von Westflandern-Moresnet. Deutschland verzichtet auf alle Rechte über Eupen und Malmedy, deren Einwohner das Recht haben sollen, binnen 6 Monaten gegen die Veränderung im ganzen oder teilweise zu protestieren, worauf der Völkerrat endgültig entscheidet. In einer 50-Kilometer-Zone östlich des Rheins darf Deutschland keine Besatzungen oder Streitkräfte halten. Das Saargebiet, auf das sich die bereits bekannte Regelung bezieht, erstreckt sich von der Grenze Lotharingens nach Norden bis St. Venel, schließt im Westen des Saargebietes Saarbrücken und die Stadt Homburg ein.

Die Volksabstimmung im Osten soll stattfinden im Regierungsbezirk Allenstein zusätzlich für die Kreise Angerburg und Deutsch. Ferner in einem Teile Westpreußens bestehend aus den Kreisen Sahn und Rosenberg sowie aus Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder. Bestimmungen soll vollen Zugang zur Weichsel und die volle Benutzung des Stromes erhalten. Die Nordseite von Ostpreußen soll an die allösterreichische Mächte abgetreten werden.

Von der holländischen Regierung wird die Auslieferung Kaiser Wilhelms verlangt werden.

Grundbesitz soll Deutschland zur Vergütung aller Schäden, die durch den Krieg entstanden sind, verpflichtet werden, soll aber dafür die Vergütung aller den Zivilpersonen zugefügten Schäden übernehmen. Die Gesamtsumme der Schadenergütigungen wird höchstens bis Mai 1921 festgelegt. Innerhalb der nächsten drei Jahre soll Deutschland 20 Millionen in Gold, in Waren und Schiffen und dergl. bezahlen. Bezüglich der Handelschiffe soll Deutschland die Ersatzpflicht Tonne für Tonne und Schiffe für Schiffe anerkennen und den Alliierten alle deutschen Handelschiffe von 1000 T. und ein Drittel seiner Fischdampfer und anderer Fahrzeuge ausliefern sowie für Rechnung der Alliierten während der nächsten 5 Jahre jährlich Hundertschiffe von 200 000 T. kaufen. Zur Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages soll das deutsche Gebiet nördlich des Rheins und die Drähtenlinie 15 Jahre besetzt bleiben. Bei weiterer Ausführung der Bedingungen sollen bestimmte Gebiete, darunter auch der Brückenkopf von Köln, nach fünf Jahren geräumt werden, andere Gebiete, darunter der Brückenkopf von Koblenz, nach zehn Jahren, wieder andere, darunter der Brückenkopf von Mainz, nach 16 Jahren. Bei früherer Erfüllung sämtlicher Friedensbedingungen werden die Besatzungen sofort zurückgenommen.

WTB. Paris, 7. Mai. Der Friedensvertrag erfüllt in 15 Abschnitten. Der 1. enthält den Völkerbundvertrag. Der 2. bezieht sich die Grenzen Deutschlands. Der 3. verpflichtet Deutschland, die durch den Frieden in Europa herbeizuführenden politischen Veränderungen anzunehmen, errichtet die Saar-Lotharingen und Polen, verändert die Grundzüge der belgischen Souveränität und ändert die Grenzen Belgiens, errichtet neue Regierungssysteme in Luxemburg und im Saarland, gibt Elsaß-Lotharingen an Frankreich zurück, stellt die Grundzüge für die Regelung der schlesischen Frage auf, verpflichtet Deutschland, die Unabhängigkeit Deutschlands anzuerkennen. Der 4. Abschnitt enthält einen allgemeinen Verzicht Deutschlands auf seine ausländischen Besatzungen und Rechte, stellt die internationale Anerkennung des britischen Protektorats in Mesopotamien fest und annulliert die Allocras-Akte. Der 5. bezieht sich den Umfang der deutschen Armee und Flotte und bestimmt die Dienstpflicht in Deutschland ab. Der 6. handelt von der Verantwortung und der Verantwortung und liegt ein gerichtliches Verfahren gegen Kaiser Wilhelm vor. Der 8. handelt von der Schadenergütigung und Wiedergutmachung und enthält besondere Bestimmungen über die Rückgabe der Trophäen aus früheren Kriegen. Der 9. enthält finanzielle Ausführungsbestimmungen, der 10. die wirtschaftlichen Bestimmungen und legt die nichtpolitischen internationalen Verträge und Kon-

ventionen wieder in Kraft. Der 11. Absatz bezieht sich mit der Zuständigkeit, der 12. regelt die internationale Kontrolle von Häfen, Flüssen und Eisenbahnen mit besonderen Verfügungen für den Kleinen Kanal. Der 13. enthält das Kreisabkommen. Der 14. bestimmt die Garantien für die Durchführung, namentlich für die Fortdauer der militärischen Besetzungen deutschen Gebietes. Der 15. bringt nach einer Reihe von Klauseln über die Anerkennung in der Folge abzuschließender Verträge, die Befähigung der präferenziellen Entschädigungen usw.

WTB. Berlin, 8. Mai. (Draht.) Die in dem Entenentwurf vorgelegene östl. Grenzlinie weist im allgemeinen die Kreise Schlochau-Deutsch-Krone-Pölsche-Schwerin-Melitz-Fraustadt-Gubrau und Wülfisch den Polen zu. Die Kreise Großwarthenberg und Bunzlau bleiben deutsch, dagegen werden die deutschen Kreise Kreuzburg-Döpen, ein Teil des Kreises Neutadt und der ganze östliche und südöstliche davon gelegene Teil Oberschlesiens polnisch. Das 8-Uhr-Abendblatt glaubt bereits mitteilen zu können, wie die deutsche Reichsregierung sich gegenüber den Friedensbedingungen verhalten werde. Die Reichsregierung plant keine Entscheidung zu treffen, bevor ihr die erforderlichen Unterlagen gegeben sind. Auch das 8-Uhr-Abendblatt hätte wissen können, daß der Legat des Friedensvertrages am Mittwoch abend noch nicht im Besitz der Reichsregierung war und das Abwehrlieh der Reichsregierung Beschlüsse, wie die, um die es sich hier handelt, nicht auf unverbürgte Zeitungsnachrichten beruht.

## Des Tigers Rede.

WTB. Versailles, 7. Mai. Die Überlieferung der Friedensbedingungen im Dianon-Hotel vollzog sich ohne Zwischenfall. Clemenceau erklärte die Stunde zur Regelung der durch den genau am angegebenen Krieg entstandenen Abrechnung sei gekommen. Sie verlangten den Frieden. Wir sind bereit, ihn zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht wird, enthält seine Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, die die internationale Höflichkeit gebietet, um sie zu prüfen, werden aber dafür sorgen, daß auf diesen zweiten Versailles Frieden ein weiterer Krieg folgt.

Hierauf gab Clemenceau den Inhalt der Fragen bekannt, auf die innerhalb 14 Tagen schriftliche Antwort gegeben werden soll. Ergeht von deutscher Seite schon früher Bescheid, so würde auch die Entente schmutzige Gegenantwort erteilen, um binnen einer weiteren Frist die endgültige schriftliche Entscheidung von Deutschland zu erwarten.

Genf. Es gab dort auch ein verlassenes eine längere Erklärung in deutscher Sprache. Versailles, 7. Mai. Seit gestern ist in der politischen Situation ein stiller Umschwung eingetreten. Vor Lotharingen hat dort die Siegesstimmung innerhalb der Entente gesiegt. Italien tritt zurück, Belgien unterdrückt und von Japan wird gar nicht mehr gesprochen.

Einberufung des amerikanischen Kongresses. WTW. New York, 8. Mai. (Draht.) Reuter. Wilson berief zum 19. Mai eine Sitzung des Kongresses ein.

Rücktritt der chinesischen Delegierten. WTW. Amsterdam, 8. Mai. (Draht.) Wie dem New Yorker Amerikaner zufolge die chinesische Delegation telegraphisch in Peking ihr Rücktrittsgesuch eingereicht.

Für den Fall der Nichtunterzeichnung. Basel, 7. Mai. Militärkonferenz. Am Montag erteilte Marschall Foch alle militärischen Vollmachten für den Fall, daß Deutschland die Friedensbedingungen ablehnen sollte.

## Es wird verhandelt.

III. Versailles, 7. Mai. Entgegen den Erwartungen der Presse wird nach dem Sitzungsprotokoll eine Disposition über sämtliche sozialen Forderungen zugelassen. Ohne diese Klausel würde das weitere Verbleiben der deutschen Delegation nutzlos erscheinen. Betreffs der territorialen Neuergänzungen ist dem Verträge eine Karte beigelegt. Die wirtschaftlichen Forderungen scheinen die territorialen aber noch an Härte zu überbieten. Man fragt sich, wie Wilson ohne zu erröten einer Sitzung beiwohnen konnte, in der solche Forderungen gestellt wurden.

III. Versailles, 7. Mai. Der Eindruck, den der Friedensvertrag bei den Mitgliedern der deutschen Delegation hervorruft, ist niederdrückend. Das Urteil eines hier anwesenden Politikers charakterisiert treffend das allgemeine Empfinden: dieser Vertrag ist das Todesurteil Deutschlands. Dennoch dürfen wir die Verhandlungen nicht abbrechen, sondern wir müssen versuchen, ob wir in einzelnen Punkten Veränderungen erzielen können. Es wird also zunächst verhandelt werden; mit welchem Erfolg, erscheint aber höchst ungewiß.

## Die „Wiedergutmachungen“.

III. Berlin, 8. Mai. Der Friedensvertrag enthält unter Wiedergutmachung die Entschädigung für alle Zivilpersonen zugefügten Schäden an Leib und Seele, die Pensionen für militärische Opfer des Krieges und deren Hinterbliebenen auf der Grundlage des französischen Larcis. Diese Summen betragen jährlich 4 Milliarden. Ferner Entschädigung für die während des Krieges gezahlten Linsen und in Höhe von 12 Milliarden, Wiederherstellung aller beschädigten und zerstörten Häuser innerhalb von sieben Jahren etc. Den Alliierten müssen die an Belgien geleisteten Vorhüsse zurückgezahlt werden, davon an Frankreich 3 Milliarden. Eine Kommission wird die von Deutschland zu leistenden Zahlungen eingehen und verteilen. Sie kann sich aller Einkünfte Deutschlands bemächtigen, auch derjenigen, die für die Begleichung anderer Schulden bestimmt sind, und sie wird dafür sorgen, daß jeder deutsche Steuerzahler mindestens ebenhohe Steuern zu zahlen hat, wie in den höchstbesteuernten alliierten Ländern. Sie wird Deutschland bis zum 1. Mai 1921 die Höhe der zu bezahlenden Schuld mitteilen. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, wird die Kommission den Alliierten die notwendigen wirtschaftlichen Repräsentanten vorzuschicken. Deutschland verpflichtet sich im voraus, solche Repräsentanten nicht als feindselig zu betrachten. Zur Wiedergutmachung gehört auch die Frage des Saargebietes. Alle Saarkohlenfelder werden vollständig in Frankreich. Dieses erhält alle wirtschaftlichen und rechtlichen Garantien für ihre Ausbeutung während 15 Jahren. Am Ende dieses Zeitraumes kann die Bevölkerung frei die Wiedervereinigung mit Deutschland verlangen und zwar nach Gemeinden und Kreisen. Bis dahin wird das Saargebiet an das französische Goldgebiet angeschlossen und französische Münzwesen dort eingeführt.

Verlaufs, 7. Mai. Die Bedingungen, die Deutschland Frankreich gegenüber zu erfüllen hat, streichen Deutschland aus der Reihe der Großmächte und verurteilen seine Zukunft. Sie bestehen aus Rückertatungen, Wiedergutmachungen und Bürgschaften. Die Rückertatungen Elsaß-Lotharingen bezieht den Vertrag ausdrücklich als einen Akt der Gerechtigkeit, dem alle Verbündeten zugestimmt haben. Die Einwohner von Elsaß-Lotharingen erhalten, soweit sie nachkommenberechtigt sind, die 1911 die französische Staatsangehörigkeit verloren, diese wieder. Die anderen können binnen einem Jahre für Frankreich optieren. Elsaß-Lotharingen muß schuldlos zurückgegeben werden. Reichsbesitz und Besitz deutscher Herrscherhäuser gehören Frankreich ohne Entschädigung. Elsaß-Lotharinger, die nicht für Frankreich optieren und denen der Aufenthalt nicht gestattet wird, müssen ihren Besitz liquidieren zu Lasten Deutschlands. Während fünf Jahren werden alle Erzeugnisse Elsaß-Lotharingen schuldenfrei bis zur Höhe des Durchschnitts der letzten drei Jahre vor dem Kriege eingeführt. Während derselben Zeit gehen Garne und Gewerbe frei aus Deutschland nach Elsaß-Lotharingen, um als Fertigfabrikate nach Deutschland zurückzuführen. Die Elektrizitätswerke auf dem linken Rheinufer haben zehn Jahre in derselben Höhe nach dem rechtsseitigen Ufer Strom zu liefern wie während des Waffenstillstands. Deutschland verzichtet weiter auf jede Einmischung in den Fallhandlungen und Verträge und Besetze betreffend die Elsaß-Lotharingischen Erzeugnisse.

## Die neuen Grenzen.

X. Berlin, 7. Mai. Die Grenzen Deutschlands nach dem offiziellen Wortlaut des Friedensvertrages. Der Band mit den Friedensbedingungen enthält in englischer und französischer Sprache auf 208 Seiten 440 Artikel, die in 15 Teile zerlegt sind. Ueber die Festlegung der neuen Grenzen Deutschlands wird gesagt:

1) mit Belgien: Nordostgrenze des ehemaligen Territoriums Neutral-Moresnet, sodann Ostgrenze des Kreises Eupen, sodann Grenze zwischen Belgien und Kreis Moresnet, sodann Nordostgrenze des Kreises Malmedy bis zu ihrem Schnittpunkt mit der Grenze Luxemburgs;

2) mit Luxemburg: die Grenze vom 3. August 1914 bis zu ihrer Verbindung mit der Grenze Frankreichs am 18. Juli 1870;

3) mit Frankreich: die Grenze am 18. Juli 1870 von Luxemburg bis zur Schweiz unter Vorbehalt der Bestimmungen über das Saar- und Lotharingen;

4) mit der Schweiz: die gegenwärtige Grenze;

5) mit Österreich: die Grenze vom 3. August 1914 von der Schweiz bis zur nachträglich abgetrennten Tschecho-Slowakei;

6) mit der Tschecho-Slowakei: die Grenze am 3. August 1914 zwischen Deutschland und Österreich von ihrem Treffpunkt mit der alten Verwaltungsgrenze, die Wämben und die Provinz Oesterreich trennt, bis zur Nordspitze des Vorpostens der ehemaligen Provinz Oesterreich-Schlesien;

7) wird die Regelung der Grenzverhältnisse mit Polen erläutert.

Schnittpunkt mit der Grenze Luxemburgs; 2) mit Luxemburg: die Grenze vom 3. August 1914 bis zu ihrer Verbindung mit der Grenze Frankreichs am 18. Juli 1870; 3) mit Frankreich: die Grenze am 18. Juli 1870 von Luxemburg bis zur Schweiz unter Vorbehalt der Bestimmungen über das Saar- und Lotharingen; 4) mit der Schweiz: die gegenwärtige Grenze; 5) mit Österreich: die Grenze vom 3. August 1914 von der Schweiz bis zur nachträglich abgetrennten Tschecho-Slowakei; 6) mit der Tschecho-Slowakei: die Grenze am 3. August 1914 zwischen Deutschland und Österreich von ihrem Treffpunkt mit der alten Verwaltungsgrenze, die Wämben und die Provinz Oesterreich trennt, bis zur Nordspitze des Vorpostens der ehemaligen Provinz Oesterreich-Schlesien; 7) wird die Regelung der Grenzverhältnisse mit Polen erläutert.

## Holland und Kaiser Wilhelm.

X. Haag, 7. Mai. Zu der Frage der Auslieferung Kaiser Wilhelms schreibt das Amsterdamer Handelsblatt offenbar inspiriert: Es steht fest, daß wenn der Kaiser nicht freiwillig vor einem Gerichtshof erscheint, die holländische Regierung ihn nicht dazu zwingen wird. Unsere Auslieferungsbefehle wissen nichts von der Auslieferung einer Person, die keinerlei Verbrechen, die im Staatsgesetzbuch formuliert sind, schuldig ist. Eine Auslieferung ist daher ausgeschlossen. Im allgemeinen ist es nicht unmöglich, daß für besondere Fälle besondere Regelungen getroffen werden können. Wir können aber einen Gerichtshof, der ausschließlich von Feinden des Kaisers zusammengesetzt ist, unmöglich als unparteiisch ansehen. Das Werk schließt mit der Erklärung: Wir können nicht über die Grundprinzipien der Kultur und der Strafgerichtsordnung hinweggehen. Wir können das nicht, hoffe es, was es wolle!

## Deutsche Urteile.

X. Berlin, 8. Mai. Frieden der Vernichtung? Überreicht der Vorwärts heute früh seine Besprechung der bis jetzt vorliegenden Neuermeldungen über die Friedensbedingungen. Er sagt u. a.: Wir wissen zur Stunde noch nicht, ob die ungleiche Vergewaltigung unseres Volkes von uns unerbittert werden wird. Die großen Ernährungsnotwendigkeiten Deutschlands legen uns besondere Pflichten auf. Soviel aber sei gesagt: wenn wir diesen Frieden unterschreiben, dann geschieht es nur dem Beobachter der Welt folgend. Innerlich können wir diesen Frieden ablehnen ab. Wir können nicht diesen Frieden, das sich unter den Westmächten auch nur ein Mann mit gesundem Verstand befindet, der daran glaubt, daß dieser Frieden von Dauer sein kann. Ein solcher Frieden ist nichts anderes als latenten Fortsetzungskrieg, der Auslöschungsvorgang gegen ein Volk nicht mit offener Waffengewalt, sondern mit den Mitteln brutaler wirtschaftlicher Sklaverei.

Im Berliner Tagblatt überreicht Theodor Wolff seine Besprechung der vorliegenden Meldungen mit „Nein!“ Gleichwohl war auf vieles und sogar auf alles gesagt waren, kann man nun sagen, soweit schon die Auszüge ein Urteil zulassen, daß der Vertrag die schlimmsten Erwartungen noch bei weitem übersteigt. Er läßt nicht nur keine Spur von staatsmännlicher Überlegung oder gar von Grundrissen Wilsons erkennen, sondern ist nur mit gedankelosen Zerulakalitäten im Austausch erzeugt. Der ganze Vertrag soll aus 1000 Artikeln bestehen. Bleibt er so oder ähnlich, wie er heute aussieht, dann kann man nur ein einziges Wort sprechen: „Nein!“

## Sonstige Nachrichten.

Basel, 7. Mai. Die französische Handelskammer gibt den Handel mit Deutschland dem Augenblick der Unterzeichnung des Friedensvertrages ab frei.

Nach einer Blättermeldung ist beschlossen worden, Deutschland im Falle einer Weigerung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, wirtschaftlich vollständig zu isolieren. Beratungen über Einzelheiten werden zurzeit in Paris stattfinden.

WTB. Paris, 7. Mai. In der heutigen geheimen Vollziehung der Friedenskonferenz, auf der Italien vertreten war, machten die Vertreter einiger Mächte Anmerkungen zum Friedensvertrag, doch wurden keinerlei Vorbehalte erbrochen. Marschall Foch hielt eine Rede, in der er erklärte,



Dass für Frankreich die gewährte Sicherheit vom militärischen Standpunkte aus ungenügend sei. Nach seiner persönlichen Überzeugung sollte der Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden. Er legte Nachdruck auf die Notwendigkeit, dass die Franzosen die Brückenköpfe am Rhein behalten.

WTB. Paris, 7. Mai. (Reuter.) Der französische Vorkämpfer in Rom unterbreitete einen Vorschlag, wonach Truppen von Italien als Mandatarmee des Völkerbundes bis zum Jahre 1973 vermalet werden soll. Bis dahin würde der gesamte Meilen davon entsetzte haben für die Jugoslawen fertiggestellt sein, und dann würde Güme an Italien kommen. Italien hat sich bereit erklärt, auf dieser Grundlage die Beratungen wieder aufzunehmen.

Verfall, 6. Mai. Nach Informationen scheint die Entente die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen von der Rückgabe der von den Deutschen in Nordfrankreich und Belgien requirierten Maschinen sowie von Ersatz des requirierten Viehes abhängig machen zu wollen. Das bedeutet also, dass die Kriegsgefangenen in Gruppen entlassen und zum Gegenstand eines unwürdigen Handels gemacht werden sollen.

Ungarn.

Einmarsch der Entente-Truppen in Budapest. Paris, 6. Mai. Szabas verbreitet eine Meldung des rumänischen Pressebureaus aus Wien, nach der die alliierten Truppen in Budapest einmarschiert sind.

Schweiz.

Für die Freilassung der deutschen Internierten. WT. Bern, 8. Mai. (Dr. Hoff.) Nach dem Journal de Geneve ist der Bundesrat erneut bei den Entente-Regierungen wegen Entlassung der deutschen Internierten in der Schweiz vorstellig geworden. Die Bemühung des Bundesrats hat bisher noch keinerlei Erfolg gehabt, doch sieht zu erwarten, dass nach Unterzeichnung des Friedensvertrages auch die deutschen Internierten aus der Schweiz nach Deutschland zurückkehren können.

Verschiedene Nachrichten.

Der Terror des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes.

Die Akte von Terror und Vergewaltigung Andersdenkender durch Mitglieder sozialdemokratischer Gewerkschaften nehmen geradezu erschreckende Formen von Brutalität an. In den Mannheimer Betrieben Firma Brown, Boveri u. Co., Böhlinger u. Söhne, Unionwerke, Firma Benz, wurde von den Arbeiterauschüssen bzw. Abteilungsvertretern der Arbeiterauschüsse den christlich und s. d. organisierten Arbeitern ein Ultimatum gestellt, bis zum Dienstag, 22. April, zum sozialdemokratischen Metallarbeiterverband überzutreten oder den Betrieb zu verlassen. Das gleiche geschah bei der Firma Weyl u. Co. in Mannheim-Walldorf.

An den Tagen vor Ostern wurde dann allen nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeitern nochmals dringend erklärt, daß wenn sie am Dienstag nach Ostern ihre Mitgliedsbücher zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband nicht mitbringen, die Arbeit niedergelegt würde.

Da die christlich und s. d. organisierten Arbeiter diesen Anweisungen nicht nachkamen, legten dann am 22. April sämtliche sozialdemokratisch organisierte Arbeiter auf Geheiß und unter Leitung des Arbeiterauschusses die Arbeit nieder. Die Vermittlungsversuche zwischen dem christlichen und s. d. Metallarbeiterverband und dem Verband der Metallindustriellen sowie der Firma und dem Arbeiterauschuss waren im Ergebnis ungenügend, so daß die Firma Brown Boveri den Schlichtungsausschuss anrief. Im Schlichtungsausschuss begehrt die Firma die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bzw. des Arbeiterauschusses als unannehmlich, unangenehm, brutal, terrorförmig, die sich durch nichts rechtfertigen lassen. Die Einmündungen des Arbeiterauschusses zeigen keinerlei andere Gründe, als lediglich die Unablässigkeit gegenüber anders Organisierten.

Der Schlichtungsausschuss fällt folgenden Schiedspruch:

Der Schlichtungsausschuss ist einstimmig der Auffassung: 1. Daß die Firma Brown, Boveri u. Co. mit Recht sich auf den Standpunkt stellt, sie sei moralisch nicht befangen, Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu bestimmten Arbeiterverbänden außer Arbeit zu legen.

2. Daß ein dahingehendes Verlangen aus der Mitte der Arbeiterpartei an die Firma mit dem Wesse des Realisationsrechtes nicht vereinbar ist. Dieser Schiedspruch hat eine bedauerliche Ernährungsfrist von acht Tagen zur Zustimmung oder Ablehnung nach Zustellung des schriftlichen Beschlusses.

Dieser Schiedspruch bedeutet strikte Ablehnung des Terrors, wie er von sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften gegen Andersdenkende ausgeübt wird. Pflicht der Regierung ist es, mit allen Mitteln die Unterdrückung der fremden Meinung zu bekämpfen, wie sie jetzt im neuen Deutschland an der Mode zu sein scheint. Die Terrorfälle sozialdemokratischer Gewerkschaften aus Schlesien, Danzig, Bregitz, Kemsfeld um reden Bände über die neue sozialistische „Freiheit“, gegen die im Interesse des Volksganges von der Regierung auf das schärfste vorgegangen werden sollte.

Keine Nachrichten.

Die badische Landesversammlung der Arbeiter lehnte das Räteprogramm fast einstimmig ab.

Auf verschiedene Fragen aus Städten und Gemeinden des Inlandes über mangelhafte Fischversorgung hin wurde die Antwort erteilt, daß trotz wiederholten Protestes verschiedene Hafen- und Seefläche nicht die genügende Menge an Fischen abliefern, sondern diese für sich behalten. Gegenmaßregeln sollen ergriffen werden.

Zur Entlassung der beiden Drahtleitungen Verfallens-Berlin, die zudem getrennt als gestiftet sind, ist nunmehr ein Zehnprozentverzicht zwischen Nauen und dem Eisenwerk eröffnet worden.

In einer Abstimmung der Arbeiterschaft der Reichshütte in Kiel, woran auch die Lehrlinge teilnahmen, wurde die Einführung Abstimmung unter Ausschluß der Lehrlinge mit 6385 Stimmen gegen und 2944 Stimmen für die Siebenstundenschiebt ergeben.

Im Reichsarbeitsministerium ist ein Entwurf des Gesetzes über die Betriebsräte fertiggestellt. Die Betriebsräte sollen an Stelle der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse treten, jedoch erweiterte Befugnisse erhalten. Hierbei wird auch das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen geregelt. Der Entwurf wird in der nächsten Woche mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten.

Die Fraktion der deutschen Volkspartei richtete an den Präsidenten Fehrenbach die Aufforderung, Plenum und Ausschüsse weiser in Weimar lassen zu lassen, da in Berlin an eine entsprechende Arbeit nicht zu denken sei.

Deutsches Reich.

Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland.

TU. Berlin, 6. Mai. Die heutige Sitzung des Friedensausschusses befaßte sich u. a. auch mit der Frage der Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Verbindungen mit Rußland. Redner aller Parteien traten dafür ein.

Weitere Verhandlungen in München.

WTB. München, 6. Mai. Der russische Anarchist Levine wurde im Keller des Schwabinger Herrschaftshauses gefangen genommen. Verhaftet wurde ferner Silvio Celli, der frühere Volksbeauftragte für Finnland, und der Gehilfe Mannes. Die Witwe Eisners wurde ebenfalls verhaftet, weil sie in der Villa einen Teil der Kommunistenfürer verbergen hielt.

Nach dem V. L. beläßt sich der Gesamtschaden Münchens auf mindestens 8 Mill. Mark. Der frühere Präsident des Münchener Zentralrats, Reichs, einer der Anführer der Münchener Arbeiterbewegung, der nach dem Umsturz der Verhältnisse nach Augsburg flüchtete, ist verhaftet worden. Man fand bei ihm eine Menge beländendes Material.

Katholikenvergewaltigungen im „freien Volksstaat“ Sachsen.

Ungehörte Maßnahmen werden im Volksstaat Sachsen gegen die Katholiken auf dem Gebiete der Schule unternommen. Man geht hier mit einer Willkür und Rücksichtslosigkeit vor, die den Gespögenheiten in der Kulturkampfszeit um nichts nachgibt. Wie uns aus Dresden gemeldet wird, wurden mit dem Beginn des neuen Schuljahres die katholischen Volksschulen in Zwida und Pirna aufgelöst und die Kinder auf die bis heute noch evangelisch-konfessionellen Volksschulen verteilt. In Zwida verweigerte der Bezirkschulinspektor die Weisung der katholischen Kinder von dem zum allgemeinen Schulunterricht erhobenen evangelischen Religionsunterricht und verweigerte die katholischen Eltern auf diese dazu notwendige Hilfeleistung einer ministeriellen Verfügung. Ebenfalls zwingt man die katholischen Kinder zur Benutzung eines evangelisch-konfessionellen Lebens. Dieses Vorgehen fordert allerdings die katholischen haben schon immer wider um ihre kulturellen Freiheiten kämpfen müssen. Jetzt versucht man allem Anschein nach, ihnen auch noch die wenigen Ertragsgegenstände auf diesem Gebiete wieder zu entreißen, ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz. Was sagt die sächsische Regierung dazu? Willst sie diese Vergewaltigungsversuche einer Volksminderheit? Es muß von ihr gefordert werden, daß sie ihnen mit aller Schärfe und Entschiedenheit entgegentritt und dem katholischen Volksteil zu seinen wohl begründeten Rechten verhilft.

Giesberts über den Rätegedanken.

Die Wochenschrift „Das neue Reich“ hat eine Rundfrage über die Zukunft des Rätegedankens bei führenden politischen Persönlichkeiten veranstaltet. Der Reichspostminister Giesberts hat sich darüber in folgender Weise geäußert: Man soll den Rätegedanken deshalb nicht von vornherein verwerfen, weil er uns mit politisch unangenehmen Begleiterscheinungen und behaftet mit abstrakten Phantasmen von Zustand der gezeigt wird. Unser Vorgehen muß dahin gehen, die gesunde Idee des Rätegedankens herauszuarbeiten und in der wirtschaftlichen und politischen Verfassung des Reichs zu verankern.

Die deutsche Seekriegführung.

Das Admiralstabswerk über die deutsche Seekriegführung von 1914-1918, an dem zahlreiche Seeoffiziere mitwirkten, ist soweit gefördert, daß der erste Band bereits in Kürze erscheinen wird.

Eine neue Schlichtungshandlungsordnung.

Wie verlautet, plant das Reichsversicherungsamt die Herausgabe einer neuen Schlichtungshandlungsordnung, in der vorgesehen wird, daß allen Vollzeitorganen, die sich in irgend einer Hinsicht nicht als zuverlässig erwiesen haben, Hülfstrafe aus den Reizen der Konjunktur beigerordnet werden. Sie

sollen aus den Konjunkturverbänden, den Landarbeiter- und Bauernräten entnommen werden.

Eine Verordnung gegen Mietswucher.

Eine Verordnung gegen den Mietswucher ist, wie eine briefliche Korrespondenz erzählt, bei der zuständigen Reichsbehörde in Vorbereitung. Sie soll einen weiteren Schutz der Mieter gegenüber den Auswüchsen auf dem Wohnungsmarkt bieten.

In der preussischen Landesversammlung.

haben die Zentrumsabgeordneten Pfarrer Nieffron und Genossen an die Regierung folgenden Antrag gestellt: Ist der Staatsregierung bekannt, daß seit den Novembertagen 1918 in Obereschleien die Fälle der Ketzerei in Verbindung mit größter Schändung des Allerheiligsten sich in geradezu erschreckender Weise mehren und dadurch das obereschleische Volk in seinen religiösen Gefühlen aufs tiefste verletzt ist? Solche Einbrüche erfolgten in letzter Zeit in den Kirchen zu Weisshof, Jaborze, Jelschona, Eintrachshütte, Schomburg, Domat, Lipine usw. Welche Vorkehrungen hat die Staatsregierung getroffen, um die beinahe ganz untergrabene öffentliche Sicherheit in Obereschleien wieder herzustellen? Was gedenkt die Staatsregierung insbesondere zu tun, um die Wiederholung der beklagten kirchlichen Frevel in Zukunft zu verhindern?

Oldenburg.

Oldenburger Landtag und die Frage Oldenburg-Bremen.

Zu unserer gestrigen Notiz betr. Ablehnung der Vereinigung Oldenburgs mit Bremen durch den Landtag, die den „Bremer Nachr.“ entnommen war ist zu bemerken, daß die Nachricht in der mitgeteilten Form unrichtig ist. Da bisher noch keine Plenarsitzung stattgefunden hat, die sich mit der Frage befaßte, konnte der Landtag sich also noch nicht entscheiden. Im Ausschuß für die Frage war behandelt, aber ein Antrag für oder gegen die Vereinigung Bremens mit Oldenburg ist u. W. von keiner Seite bisher gestellt. Offene Berichter über den Zusammenstoß mit Bremen sind wohl nur die Sozialdemokraten. Die sozialdem. Rührer „Republik“ bestätigt, daß bisher kein Antrag vorlag, sie fügt aber den bezüglichen Sach hinzu: „daß aber die Demokraten und Zentrumsleute einem solchen Antrag ein derartiges Schicksal bereiten würden, ist zu erwarten.“ Entsprechend unserer bisherigen Stellungnahme hoffen wir, daß die oldenburgische Landesversammlung dem Bremer Wunsch ein energisches Nein entgegensetzt.

Aus dem Oldenburg. Münsterlande.

Bestia, 9. Mai.

Fahplanänderung. Von Donnerstag, 8. Mai 1919 an wird der Personenzug Nr. 403 von Bestia bis Delmenhorst an Werktagen wieder regelmäßig gefahren; Abfahrts 5.12 Uhr vorm. Ankunft Delmenhorst 6.45 vorm. Ferner verkehren von diesem Tage ab die zur Beförderung von Reisenden frei gegebenen Güterzüge Nr. 6615, von Bramsche 7.25 vorm., in Delmenhorst 2.16 nachm., und 6.12, von Delmenhorst 4.08 nachm., in Bramsche 8.23 nachm., an allen Werktagen. Dafür wird dann der ebenfalls zur Beförderung frei gegebene Güterzug Nr. 6603, ab Wildeshausen 11.45 vorm., an Delmenhorst 1.21 nachm., fortfallen.

Cohne, 8. Mai. Das Fest der Silberhochzeit begehen heute die Eheleute J. Wille. Herzlichen Glückwünsche.

Griedenau, 8. Mai. Der Unterricht in unserer Rektoratschule beginnt am 12. Mai. © Althorn, 8. Mai. Auf dem Abwehrobererplatz sind 1000 Steine, 15 U-Träger und 7 Winkelisen gestohlen worden.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 9. Mai.

(-) Kirchendiebstähle werden jetzt auch verschiedentlich aus dem Norden des Landes gemeldet. Die Diebe scheinen es lediglich auf die leinernen Kirchenkästen abgesehen zu haben.

Einem langjährigsten Bedürfnis entsprechend ist hier eine Fachschule für Lokomotivführer-Zunfänger eingerichtet worden. Geleitet wird diese Schule von Gewerkschulrat Dr. Wehner, die Oberaufsicht führt die Eisenbahndirektion. Die Anwärter für den Lokomotivführerberuf werden hier allgemein und fachwissenschaftlich vorbereitet. Der Unterricht findet in den Räumen der städtischen Fortbildungsschulen statt, er wird von einem Gewerkschulrat und einem technischen Eisenbahningenieur geleitet. Der Lehrgang dauert vorläufig ein Jahr mit wöchentlich 8 Stunden Unterricht. Die Fachschule ist obligatorisch. Rünftig werden nur solche Anwärter in den Lokomotivführerberuf übernommen, die diese Fachschule mit Erfolg besucht und die Abschlussprüfung bestanden haben. Die Schule befindet sich seit Montag im Betrieb.

Einem weiteren Coburger Wunsch streben die im Transport- und Gewerbe beschäftigten Arbeiter, Fuhrleute, Kutscher usw. an. Im Gewerkschaftshaus findet hierab am Sonnabend eine allgemeine Versammlung statt.

Ein längerer Krankenlager starb das frühere Stadtratmitglied Ehrhardt, der langjährige Vorsitzende des Beamtenbundes.

May und Fern.

Versandbuch, 6. Mai. Die Bahnhofs-Konzepte in der letzten Woche war hier und

am Bahnhof Althausen recht ertragreich. Am fleißigen Bahnhof wurden 3 B. beschlagnahmt. Am 29. April 2 Rifen und 1 Korb, enthaltend 300 Pfund frisches Rindfleisch und 90 Pfund frisches Schweinefleisch. Am 30. April 2000 Eier. Am 1. Mai 2 Rifen mit 2 geschlachteten Kälbern. Am 2. Mai 2 Körbe mit 1000 Eiern und 38 Pfd. Butter. Die Butter war mit 2 Rk. für 38 Pfd. bezahl. Am 3. Mai ein Schleichhorn mit 50 Pfd. frischer Mettwurst. Am Bahnhof in 50 Pfund am 1. Mai 2 geschlachtete Kälber, am 3. Mai etwa 50 Pfund Kalbfleisch. Nur in einem Falle hat man den Abnehmer bezw. Empfänger der Sendung nicht ermitteln können.

Norden, 7. Mai. Ein ganz gemeines Verbrechen wurde in der Nacht auf Dienstag verübt. Seit Wochen schon frecht sich die Bewohner der in der städtischen Fleischverkaufsstelle zur Ausgabe gelangen sollte. Während ein Teil der Einwohner gestern den Speck in Empfang nehmen konnte, wurde der restliche Speck zum größten Teil in der Nacht gestohlen. Es ist kaum glaublich, daß 240 Pfund Speck ungebehrerweiße aus der Verkaufsstelle gestohlen werden konnten.

Eröffnung der Produktenbörse.

Oldenburg, 7. Mai.

Heute vormittag um 10 1/2 Uhr wurde in der „Union“ die neue Produktenbörse mit einer feierlichen Veranstaltung eröffnet, zu der außer den Mitgliedern des Börsevereins nicht bloß aus den geschäftlichen und landwirtschaftlichen Kreisen des Landes, sondern auch aus der weiteren Umgegend viele Vertreter erschienen waren. Als Vertreter der Hollandische waren der Vorherrscher der Groninger Handelskammer und andere Kaufleute erschienen, die schon gestern mittels Sonderzuges im Solmanwagen abgeholt worden waren.

Der Vorsitzende des Börsevereins, Kaufmann Leopold Bahlmann, begrüßte die zur Eröffnung der Börse erschienenen Vertreter der Regierung, der wirtschaftlichen Vereinigungen und die übrigen Gäste und besonders auch noch die Presse, die die neue Einrichtung auch für die Zukunft in ihrer Wirksamkeit unterstützen möge. Ein besonders herzlichen Willkommensgruß rief er den Vertretern der holländischen Behörden und der Kaufmannschaft zu, die dadurch zeigten, daß sie, trotzdem wir in schwieriger Lage uns befinden, doch wieder mit uns in geschäftliche Beziehungen treten wollten. Wir wollen hoffen, daß jene Mengen von Waren, die in Holland auf Absatz nach Deutschland warteten, bald in den Verkehr kommen könnten. Dazu möge die Börse Oldenburg ein Hindernis sein. Wenn man schon jetzt meine, daß man auf der Börse gleich große Geschäfte machen könne, so sei das ein Irrtum. Die Börse sei jetzt vor allem dazu da, um die Kaufleute und die Landwirte gegeneinander näher zu bringen. Man möge nicht verlangen, wenn der Anfang etwas klein sei, besser sei es, klein anfangen und dann größer werden, als anfangs Hoffnungen erwecken, die sich später nicht erfüllen könnten. Aber man brauche auch nicht pessimistisch gefasst zu sein. Er hoffe, daß es schon bald nötig sein werde, die Geschäftsräume zu vergrößern. Die Börse werde in die Preisgestaltung, dem Gleichhandel entgegenzuwirken und eine Verbindung der Waren herbeiführen, da sie den Weg zwischen den Produzenten und Konsumenten verkürze. Es liege im Interesse aller, wenn die Oldenburger Börse überall größtmögliche Unterstützung erhalte. Sie befrachte ihre Tätigkeit nicht auf einige Artikel, sondern alles, was das Oldenburger Land an Produkten liefert, und alles, was es einkaufen müsse. Eins tue not, daß überall die Erkenntnis sich Bahn breche: Nur durch Arbeit schaffen wir Brot, nur durch Arbeit. Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Börse die Erwartungen, die man auf sie lege, nicht enttäuschen möge: Frisch gemogt ist halb gewonnen.

Nach dieser mit Beifall aufgenommenen Ansprache nahm ein Vertreter des Direktors des Amt für Erwerb und Arbeit, Er wie darauf hin, daß die Börse ihren Zweck zu erfüllen und nachfrage auszugleichen den Verkehr zu erleichtern und preisregulierend zu wirken, erfüllen könne, mit davon abgesehen werde, ob ein reicher Güter- Austausch stattfinden, und da habe der Krieg gezeigt, daß Oldenburg Ueberfluthungsgebiet sei. Das werde es aber noch mehr sein, wenn wieder normale Verhältnisse eintreten und wenn der Normalverbraucher, ein Gebiet, auf dem wir noch rückständig seien, da wir im Durchschnitt 100 Proz. weniger ernten, als im Oden Deutschlands, auf seine volle Leistungsfähigkeit gebracht sei. Er hoffe, daß die neue Oldenburger Börse neben den anderen Börsen ihren Platz an der Sonne erlangen werde. Der Vertreter der Stadt Oldenburg, Spinnhans Himmen, dankte für die rasche Eröffnung der Börse. Der zahlreiche heutige Besuch lasse das Beste für die Zukunft erwarten zum Nutzen für Stadt und Land, zwischen denen das alte Verhältnis durch die Zusammenarbeit im Jahre 1914 mit dem Wunsch, daß die Börse ein blühendes Institut der Stadt Oldenburg werden möge. Im Namen der Stadt Oldenburg sprach der Vorsitzende Kaufmann Bahlmann. Er betonte, daß die Handelskammer den Plan der Eröffnung gleich mit Freuden begrüßt habe und in Zukunft der Börse stets helfend zur Seite stehen werde, die ihre wichtigsten Aufgaben erfüllt werden erfüllen können, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben sei. Als Vertreter der Landwirtschaft sprach Kaufmann Bahlmann, er wies Dehondmer Müller darauf hin, daß die Landwirtschaft, wenn sie wieder Ellenbogenfreiheit erlangt habe, gern an der Börse ihre Produkte zu angemessenen Preisen verkaufen werde; darum sei die Kammer auch der Börse als Mitglied beigetreten. Der Vorsitzende der Handwerkskammer, Müller-Oldenburg, betonte, daß auch die Handwerkskammer



Der einstimmig sich dem Börsenverein angeschlossen habe. Er hoffe, daß die Gründung die Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsstände fördern werde. Als Vertreter der hiesigen Wirtschaft in der Kommission sprach H. S. Meißner, der die Verhandlungen im Interesse der hiesigen Wirtschaft zu fördern beabsichtigt. Er erwartete, daß sie bald die alten Handelsbeziehungen in vollem Umfange wieder aufnehmen könnten. Er schloß mit dem Wunsch auf die Wiederkehr der alten Handelsbeziehungen zwischen Holland und Oldenburg auf ein solches Börsenvereins.

Der Vorsitzende dankte dann allen Rednern für ihre freundlichen Wünsche. Jetzt müßte der Börsenverein an die Arbeit gehen und die erste Sitzung eröffnen. An die erste Eröffnungssitzung schloß sich um 1 1/2 Uhr ein Festessen an, dem eine große Anzahl von Gästen teilnahm. Während der Tafel teilte der Vorsitzende des Börsenvereins mit, daß am ersten Börsentage schon eine Reihe von Geschäften abgemacht worden sei: 4000 Waggons Kohlen, die in kurzer Zeit geliefert werden müssen, vom Süden des Landes sei Vieh, Schweine und Stroh verkauft, von Holland sind auch schon eine große Menge Reis und Bonbon etc. Menge der Umsatz von Mittwoch zu Mittwoch geübt werden.

Nachdem die unter dem 31. März d. Js. vom Direktorium erlassene Anordnung, betreffend die Neuregelung des Verkehrs mit Eiern, sich nicht als ausreichend erwiesen hat, um die verordnungsmäßige Bevölkerung des Landes, insbesondere auch die Kranken- und Altenhäuser mit den notwendigen Eiern gegen angemessene Preise zu versorgen, so ist es notwendig, die Preise für Eier eine den Produktionskosten nicht entsprechende Höhe erreicht haben, sieht sich das Direktorium auf Grund des § 5 des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 1917 und der §§ 12 Nr. 1 und 15 Absatz 3 der Bundesratsverordnung vom 25. September 4. November 1915 über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Verordnungsregelung veranlaßt, die Bekanntmachung vom 31. März d. Js. wie folgt zu ändern:

1. Der Erzeugerhöchstpreis für Eier wird auf 40 Pf. der Kleinhandelspreis auf 46 - 3 festgesetzt.

2. Jeder Hühnerhalter ist verpflichtet, zu jedem Huhn bis zum 1. September ds. Js. 8 Eier abzuliefern, von denen mindestens die Hälfte bis zum 1. Juli ds. Js. geliefert sein muß.

Die Ablieferungsfrist erstreckt folgende Einschränkungen:

1. Hühnerhalter von 1 bis 5 Hühnern brauchen keine Eier abzuliefern.

2. Hühnerhalter von mehr als 5 bis zu 15 Hühnern haben von den über 5 gehaltenen Hühnern je 8 Eier abzuliefern.

3. Hühnerhalter von mehr als 15 Hühnern haben von sämtlichen Hühnern je 8 Eier abzuliefern.

Die Geflügelzählung vom 1. März d. Js. ist bei Berechnung der Ablieferungsfrist zu Grunde zu legen, soweit nicht nachweisbar seit der Zeit eine Verminderung der Zahl der gehaltenen Hühner eingetreten ist.

4. Die Eier sind an die Eierzentralen der Kommunalverbände oder an die Eierverkaufsgemeinschaften nach deren Anweisung abzuliefern. Die Eier werden ermächtigt, nach erfolgter Ablieferung von 8 Eiern von jedem Huhn nach Maßgabe der Bestimmung unter Ziffer 2 den Geflügelhaltenden frei zu verkaufen, durch welche diese befreit werden, ihre weiteren Eier im freien Verkehr gegen den in Ziffer 1 festgesetzten Höchstpreis abzugeben.

5. Die Ausfuhr von Eiern aus der Provinz Oldenburg ist auch in Zukunft der Genehmigung der Geschäftsabteilung der Landesregierung.

6. Die Eierzentralen der Kommunalverbände und die Eierverkaufsgemeinschaften sind verpflichtet, die abgelieferten Eier in bisheriger Weise der Landesregierung, Geschäftsabteilung, zur Verfügung zu stellen und deren Anweisungen zu befolgen.

7. Umverhandlungen gegen die Preisvorschriften in Ziffer 1 und 3 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 M oder mit einer dieser Strafen, gegen die übrigen Anordnungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft.

8. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Oldenburg, den 5. Mai 1919.  
Direktorium.  
Abteilung des Innern.  
Scheer.

Besta, den 6. Mai 1919.  
**Bekanntmachung.**  
In Sachen, betr. Enteignungen zur Amtschiffahrt Dammes-Ranghau, wird der auf den 19. Mai d. Js. angelegte Termin auf  
**Dienstag, den 20. Mai d. Js.,**  
sonntags 8 1/2 Uhr,  
Rüdens.

# Neueste Nachrichten.

## Börsenschluß unter dem Eindruck der Bedingungen.

II. Berlin, 8. Mai. (Drabik.) Unter dem Eindruck der Friedensbedingungen, die dem deutschen Volk zugemutet werden, hat der Vorstand der Berliner Börse beschlossen, die Börse auf 3 Tage zu schließen.

## Der Eindruck der Bedingungen auf unsere Friedensdelegation.

II. Berlin, 8. Mai. (Drabik.) Um 12 Uhr nachts hielten die deutschen Delegierten eine Beratung ab. In dieser Sitzung wurde der Eindruck über die Bestimmungen des Friedensvertrags erörtert. Ueber die Rede des Grafen Brodors-Rangau herrschten innerhalb der Delegation nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten. Der Eindruck, den die Delegation von der Sitzung, in welcher der Vertragsentwurf überreicht wurde, hatte, war niederschmetternd. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß die allerhöchsten Befürchtungen überboten worden sind. Reichsminister Giesberts erklärte, der Entwurf, der das deutsche Volk der Entente reiflos ausliefern würde, laufe darauf hinaus, die Regierung zum Stillstandhalten der deutschen Arbeiterschaft im Dienste des internationalen Kapitalismus zu machen. Dazu geben wir uns nicht.

## Wittensbornd. Besta, den 6. Mai 1919.

### Bekanntmachung.

Die Schlachter werden darauf hingewiesen, daß in dieser Woche nur Rindfleisch zur Ausgabe gelangt. Sie haben daher Körbe an Schlachter Strohmännchen in Dinklage einzuliefern. Rüdens.

### Die Dienstreisen

des Bauamts Münsterland sollen öffentlich verdingen werden.

Als Ausgangsorte für die Reisen kommen folgende Orte in Betracht: Cloppenburg, Friesoythe, Essen, Linniken, Lappeln, Ahlhorn, Wildeshausen, Vechta, Lohne, Dinklage, Steinfeld, Damme, Haldorf.

Bedingungen können beim Bauamt eingesehen werden oder von dort bezogen werden.

### Rektorschule in Friesoythe

beginnt am 12. Mai.  
Der Rektor.

### Verkaufs-Anzeige.

Im Auftrage der Einquartierungskommission werde ich am  
**Sonntag, dem 10. Mai, nachm. 1 Uhr**  
bei Wirt Jol. Dörmeier  
130 Militär-Bettstellen (Stühle der Breiter 1/2x6 Zoll), Strohhölzer, 8 cm, 200 Strohhölzer.  
Um 4 Uhr bei der Fabrik Glodius am Bahnhof 50 Militär-Bettstellen und 50 Strohhölzer, 1 Mantelstiel (100 Liter Inhalt)  
öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen.  
Käufer lobet ein  
Steinfeld. J. Dorgelo.

Empfehle ab Lager

**Kainit, Kali 22<sup>0</sup> / 0,**  
**Chlorkalkium 55<sup>0</sup> / 0,**  
**Ammoniak, Superphosphat 5x8<sup>0</sup> / 0,**  
ebenfalls trifft in den nächsten Tagen eine Ladung  
**Schwefel. Ammoniak**  
ein.  
Batum. G. Beckmann.

**Lumpen, Knochen, Altpapier, Metalle, Häute, Wildfelle, Alteisen**  
kauft ständig  
H. Rehklaus, Vechta, Burgstrasse 2.

La doppelt gereinigte  
**Seradella**  
sowie  
**Klee- u. Grassamen.**  
D. Schröder,  
Vechta und Schneidertkuog.

ber. In dieser Sitzung selbst uns als einziger Ausweg der sofortige Friedensschluß mit Rußland. Der Friedensvertrag ist unannehmbar. Auch die übrigen Mitglieder der Delegation sind der Ansicht, daß der Vertrag in seiner jetzigen Form nicht angenommen werden kann, dennoch hält man es für wichtig, die Verhandlungen nicht abzubrechen, weil man nach der vorgeschriebenen Frist die einzelnen Bedingungen vom deutschen Gesichtspunkte aus beanworten will.

## Bevorstehende Erklärung der deutschen Regierung.

II. Berlin, 8. Mai. (Drabik.) Am Friedensschluß der Nationalversammlung wird heute Nachmittag die Regierung dem Parlament offizielle Erklärungen zu den Friedensbedingungen abgeben.

## Eine Sitzung des Reichskabinetts.

II. Berlin, 8. Mai. (Drabik.) Das Reichskabinettsministerium hielt heute vormittag eine Sitzung ab, in der es sich ausschließlich mit dem Friedensentwurf der Entente beschäftigte. In dieser Sitzung hat man auch die Instruktionen beschlossen, welche dem Grafen Brodors-Rangau übermittelt werden sollten.

## Zur Frage der Rückkehr der deutschen Gefangenen.

II. Rotterdam, 8. Mai. (Drabik.) Die Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen und der

internierten Bürger soll durch eine Kommission verhandelt werden, die aus Vertretern der Alliierten und der deutschen Regierung bestehen soll.

## Die Verteilung deutschen Gebietes durch die Entente.

III. Versailles, 8. Mai. (Drabik.) Die territorialen Bestimmungen des Friedensentwurfes enthalten außer dauerndem Verzicht auf Elzas-Lothringen, zehnjährigem Verzicht auf Reich und Verzicht auf alle Rheinbrücken bis zum rechten Ufer, ferner Verzicht auf das Saargebiet einschließlich erheblicher Teile der bayerischen Pfalz auf 15 Jahre, mit endgültigem Verlust der Gebiete, wenn die Saargebiete nach Ablauf der Frist nicht in Gold zurückgekauft werden, oder eine Volksabstimmung sich für Frankreich entscheidet, sodann Verzicht auf Neutral-Moresnet, sowie die Kreise Eupen und Malmedy, die an Belgien fallen, weiter Verzicht auf Oberschlesien, Polen mit Posen, Bismarck und Schneidemühl und Westpreußen mit Thorn und einem breiten Streifen bis zur Ostsee, einschließlich der Festung Danzig zugunsten Polens, endlich Abtretung in Nord- und Mitteldeutschland in drei Zonen, im nördlichen Drittel im ganzen und in den beiden südlichen nach Gemeinden mit einfacher Stimmenmehrheit.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Vechta. Druck und Verlag: Schöner Druckerei und Verlag, G. m. b. H. A. Sommerfeld, Bielefeld, Vechta.

**Fahrrad - Gummi**  
gibt es nicht, da ich meine 1000 fahrbereiten elastischen Federholzkreifen 19 Mill. Original - Spinnrad - Reifen 7.75, Holzreifen 8.25, Sanftreifen 17.50 per Stück, paßt auf jede Felge, kinderleicht aufzusetzen. Händler guter Bekienst. Schwabe, Berlin 221, Weinmeisterstr.

**Hautjucken, Krätze etc.**  
beseitigt überaus schnell  
**Hoffmann**

**Kräutercreme**  
Viele Anerkennungen.  
Packung für 1 Person 6.00 Mark.  
Otto Hoffmann, Diepholz, Fabrik, Spezialpräparate

**Nur einmalig!**  
**Hochf. Cognac,**  
40%, reiner Weinbrand, zu 45. - in die Flasche, gegen Voreinlösung od. Nachnahme lieferbar. Mindestabgabe 5 Flasch.  
**Gustav Reuje,**  
Oldenburg - Osterburg.

**Warum laufen Sie**  
mit zerissenen Schuhen umher? Sie können mit  
**Kitte!**  
jeden Schuh, Stiefel, jedes Lederzeug, ohne zu nähen selbst reparieren. Sanfter, nicht bündelnd und wasserfest. Preis 1.80 Mk. geg. Voreinlösung d. Betrag 2.20 Pf. Porto. Nachnahme 40 Pf. mehr. Für Schuhmacher der beste Klebstoff. Wiederverkäufer gesucht.

**Kaufe jeden Posten ausgekämmt**  
**Frauenhaare**  
Dr. Schöne, Vechta.

**Sähtigen Teint,**  
Hautausschläge, Mitesser, Pustel, beseitigt. Sie durch eine Blutreinigungskur in **Sarajran-Butt** reinigungselixier.  
Wohlschmeckend, leicht bekömmlich, viele Dankschreiben. 1 Flasche 3 Mk., 3 Flaschen (für eine Kur ausreichend) 8 Mk.  
Apothek in Neuenkirchen i. Old. la doppelt gereinigte

**Vergrößerungen**  
nach jeder guten Photographie (keine Hauterware).  
Hermann Baro, Vechta, Tollenroterstraße, Telefon Nr. 231.

**Neue und gebrauchte Bienenkörbe**  
sucht zu kaufen  
Joh. Haslamp bei Steinfeld.

**2 Kuhhälber**  
zu verkaufen.  
Franz Hollmann, Damme.

**1 Halbhaise**  
mit Patentachse, fast neu, und ein Dostart mit Patentachse und Verbed zu verkaufen.  
Schwager, Haldorf.

**Zu verkaufen:**  
1 mittelschwere, schwarze **Stute,**  
9 Jahre alt, fromm und sicher im Geschirr. Eine zweijähr. braune Stute.  
Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

**Satinsteppdecke**  
ist sofort zu verkaufen.  
Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

**Erste Reparaturwerkstatt**  
Vechta's für  
**Schirme.**  
J. Maass.

**Halbhaise**  
mit Voll-Patentachsen, Verbed, ein- und zweifachmänniger Beschlag, billigst zu verkaufen.  
**Karl Barmeyer,**  
Diepholz.

**Zeit-Beer- u. Rasierseife**  
wieder eingetroffen. Versand auch nach auswärtig.  
**F. Bollmann, Damme.**

**Ziegelsteine**  
(Normalformat) abzugeben.  
**E. Meisler,**  
Friesoythe, Telefon Nr. 2.

**Ausgefärbtes Haar**  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
Herren- und Damen-Frisier-Geschäft  
**Joh. Grave,**  
Wohlfahrstr. 1.

**Erste Strumpf-Reparatur-Anstalt**  
hier am Plage.  
**Gesjm. Segeler,**  
Oldenburg, Blumenstraße 56.

**Meinliebende Dame**  
sucht zum 1. Juli in einem besseren Hause in Vohne zwei  
**unmöh. Zimmer**  
mit Morgenkaffee, am liebsten in der Nähe der Kirche. Angebote unter Nr. 38 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

**Suche**  
für meinen Sohn eine Stelle als Gehring bei einem fahrb. Sanftermeister. Angebote unter Nr. 209 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Gesucht nach Büchern**  
mehrere  
**Mauergefellen**  
gegen hohen Lohn. [254  
Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta i. D.

**Junger Berwarter,**  
der auch Fortschritt übernimmt, sucht sofort geeignete Stellung. [259  
Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

**Mädchen**  
gegen guten Lohn und Pensionen gesucht.  
Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

**Mädchen**  
für Küche und Hausarbeit. Lohn 40-45 Mt.  
Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

**Mädchen**  
für Küche und Hausarbeit. Lohn 40-45 Mt.  
Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

**Mädchen**  
gegen hohen Lohn gesucht. Beste Gelegenheit, in allen Haus-, Küchen- u. Gartenarbeiten sich auszubilden.  
Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

**Mädchen**  
Jüngerer Wirtin, 37 Jahre, fahrb., mit 2 schulpflicht. Kindern, wünscht die Bekanntschaft einer fahrb. Dame im Alter von 25 bis 35 Jahren gleiches baldiger

**Heirat.**  
Suchender ist im Besitz von Barvermögen und festerer Erbschaft. Junge Damen (od. junge Witwe ohne Anhang) wollen sich vertrauensvoll unter Angabe ihrer Vermögensverhältnisse schriftlich unter B. 40 an die Geschäftsstelle dieses Blattes wenden. Einverlei auf dem Sonde bewirkt. Entzogene Zugehörigkeit wird zurückgeführt und verlangt.

**100 Mk.**  
Belohnung zu. Dies gilt für die ganze Weidengeit.  
Gödenfiedt, den 7. Mai 1919.  
Joh. Weisterhoff, Dr. Scheel, H. Adelman.

**Rom 12. d. Mtis.**  
ist die Güterabfertigung Lohne (Oldb.) von 8 bis 12 Uhr vorm. und von 2 bis 6 Uhr nachm. geöffnet.  
Oldenburg, 7. Mai 1919.  
Eisenbahndirektion.

**Das Geld**  
für Ober beträgt von jetzt an 5 Mt.  
S. Hellmann, Vechta.

### Der Rest der Butter

für den abgelaufenen Verteilungsabschnitt kommt von heute ab zur Ausgabe.

Verkauf, den 8. Mai 1919.

Stadtmagistrat.

### Landgemeinde Lohne.

Die Beiträge zur Berufsgenossenschaft Oblg. Landwirte (landwirtschaftliche Unfallversicherung) müssen im Laufe nächster Woche bezahlt werden.

- Montag, den 12. Mai für die Bauerschaft Kiesel und Brägel;
- Mittwoch, den 13. Mai für die Bauerschaft Nordlohne;
- Freitag, den 14. Mai für die Bauerschaft Sahlhne I u. II;
- Donnerstag, den 15. Mai für die Bauerschaft Eberndorf;
- Freitag, den 16. Mai für die Bauerschaft Brodhorf I u. II;
- Sonntag, den 17. Mai für die Bauerschaften Bokern und Märtschendorf, jedesmal nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

### Gemeinde Batum.

Wegen erwartender Kohlenknappheit will das Direktorium für Lohne möglichst sorgfältig die zweite Fuhrhölzer, diejenigen Einzelgehörden, welche von diesem Lohne beziehen wollen, werden ersucht, bis zum 20. Mai ihr Quantum nach Lohne schriftlich bei mir zu bestellen.

Batum, 6. Mai 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Möbel-Verkauf in Langförden.

Am Dienstag, dem 13. Mai 1919, nachmitt. 2 Uhr im Saale des Wirtis Rieber zu Langförden werde ich für fremde Rechnung folgende Möbel öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen:

1 graue Plüschgarnitur als: 1 Sofa, 2 Stühle und 1 Sofa. Eine bunte Plüschgarnitur als: 1 Sofa, 4 Polsterstühle und 1 Ausziehbüchse, 1 großen Kleiderkasten, 2 kleine Tische, 2 große Tische, 4 zweiflügelige Bettstellen, 1 einflügelige Bettstelle, 1 kleinen Glasbüchse, 2 Küchenschänke, 2 große Seitentische (antik), 2 Waschränke, 1 Mahagoni-Sekretär, 1 Fahrrad, eine Habelbank und 1 Drowingspistole.

Käufer ladet ein

Verkauf.

B. Mente.

### Grundstück-Verkauf.

Am Dienstag, dem 13. Mai d. J., nachmittags 2 Uhr

läßt Wm. Mählmann zu Verkauf in Wilkens Wirtschaften in Lohne ihren in Kroge belegenen

**Cannenkamp,**  
Flur 44, Parzelle 157/15, groß 2,49,18 Hektar, Flur 44, Parzelle 158/15, groß 1,97,35 Hektar, öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist zum letzten Male zum Verkauf aufsetzen.

Das Grundstück liegt unmittelbar an der Schule in Kroge und kann darum einem Bäcker und Händler sehr empfohlen werden.

Käufer ladet freundlichst ein

Lohne, Mai 1919.

H. Furhorst, Akt.

Zur Vertilgung des Antrages im Saale empfangen in den nächsten Tagen

**„Hedrickkainit“,**  
Sondermarke. Zur Kartoffelzüchtung besonders das bewährte

**„schwefelsaure Kalimagnesia“,**  
das sich besonders zur Kopfdüngung eignet.

**Zu prima Selbstlupinen**  
erhalte neue Ladung, Bestellungen hierauf im voraus erbeten.

Als Lager empfehle:

Seradella, Rotklee, Weißklee, Schwedenklee, Raygras, Thymothek, Krasmischung, Runkelrüben, blauen Kalksamen und Steckrübensamen.

Damme.

J. J. Leiber.

### Ein Nachschlagewerk für Zeissliche und Lehrer:

Befehle der kath. Pfarren im Herzogtum Oldenburg.

Von R. Willsh.

Fünf Bände (Band 4 vergriffen). Preis pro Band broschiert 2,50 Mk.

Verkauf Druckerei und Verlag, G. m. b. H.

### 21% Kali

(vorzüglich zur Fieberdichtung geeignet) empfiehlt

Senoffenschafterhändlerverein Söldenstedt.

Verkauf von Kalksandsteinen. Circa 45 000 Stück

### Kalksandsteine,

gut gereinigt und erhalten, Lagernd an der Ghauffe Hüne-Carum, habe ich 1000 Stück zu 100 Mk. unter der Hand zu verkaufen. Kaufgeneigte wollen sich an den Unterzeichneten wenden.

F. Diekmann, Akt.

Dienstag, den 5. Mai 1919.

### Gegen Eier Thomasmehl

sofort genügend vorhanden.

Verkauf i. O. Jos. Middendorf.

Solange Vorrat reicht habe ich noch

### Sommer-Saatweizen, Ackerbohnen-Pferdebohnen

gegen Einfindung einer Saatkarte abzugeben.

Verkauf. D. Schröder.

### la. gelbblühende Lupinen

ohne Saatkarte erhältlich, neue doppelt gereinigte

### Seradella.

Verkauf. B. H. Fortmann.

### Kainit

ist auf meinen Böden in Gallenrodt und Schneiderkrug stets vorräthig.

Verkauf. D. Schröder.

900 Zentner billigen

### 40-42% Kali

an der Bahn.

Hrn. Meyer, Goldenstedt (Bahnhof).

### la. Sauerkraut,

### Wasserglas u. Garantol

zum Eierlöservieren.

Verkauf. Joh. Bojert.

### Hederich-Kainit, Düngemergel, Eisenvitriol-Pulver

eingetroffen, sofort lieferbar bis Dienstag.

Bezugs- u. Abgabegenossenschaft Lohne.

### Kainit, Kalkmergel.

Aus eingetroffenen Ladungen habe ich Sonnabend, 10. Mai noch größere Mengen abzugeben.

Bestellungen erbeten.

D. Schröder, Schneiderkrug.

Vom 15. Mai ab bin ich wieder in Verkauf.

Martha Strzyzys, Damenschneiderin. Anmeldungen nimmt Herr Richterstein, Burgstraße 4, entgegen.

### Von der Reise zurück.

Sprechstunden: 10-12, 3-4 Uhr. Dr. med. Crone-Münzbrock, Spezialarzt für Chirurgie und Orthopädie, Oldenburg, Rosenstraße, Telefon Nr. 899.

Den geehrten Einwohnern von Lohne und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich Bauzeichnungen privater, sowie industrieller Anlagen, Wertbestimmungen, Kostenberechnungen, Eisenbetonberechnungen, Statische Untersuchungen schnell und gewissenhaft anfertige.

Lohne i. O. Georg Winkler, Brühlstraße 66.

Verband akt. Unteroffiziere I. R. 65.

Am Dienstag, dem 13. Mai findet im Schäferschen Saale große

### Abschieds-Feier

der Unteroffiziere statt, bestehend in

### KONZERT

der verstärkten Kapelle des Inf.-Regmt. 65 mit anschließendem

### großen Fest-Ball.

Kasseneröffnung 7.30 Uhr. Anfang 8 Uhr. Es ladet freundlichst ein

Der Fellausschuß.

Eintrittskarten sind nur bei den Unteroffizieren im Vorverkauf zu erhalten.

### Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit den Bewohnern von Lohne und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich die Bäckerei des Bäckermelsters Wulle übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, die Kunden pünktlich zu bedienen. Bitte um geeigneten Zuspruch.

Lohne i. O. N. Nolfes, Brühlstraße. Bäckermelst.

**Lohne! Steinfeld! Damme!**

Nahme von jeht an jeden Montag in Lohne von 11 Uhr bis 2 Uhr beim Bierverleger Dehlich, jeden Mittwoch von 11 bis 12.45 Uhr am Bahnhof Steinfeld, von 1 Uhr bis 2 Uhr in Mühlte beim Wirt Trentamp und jeden Freitag von 11 Uhr bis 3 Uhr am Bahnhof in Damme

**Kaninchen und Geflügel**  
ab und zahle für Kaninchen bis 4,50 Mk. für Geflügel bis 7 Mk. nächsten gewogen.

Aug. Coors, Bahnhofswirt, Verkauf.

Am Sonntag, dem 11. Mai 1919 in Düngrup bei Herr Gastwirt Besuden

### großer Ball

mit humorist. Vorträgen.

Interessant für Jung und Alt.

Anfang 8 Uhr.

Es ladet herzlichst ein

das Trompeterkorps Feld-Regt. 58.

### la. Hundekuchen, Hühner- und Kükenfutter

usw., Harttourt tadellose Feine Ware, liefert jedes größere Quantum

F. Wilh. Schnabel, Hannover, Hansa-Haus.

Vertret für Oldenburg Stadt u. Land, Bulting & Schwartz, Oldenburg.

Der Kriegervein Bisbet feiert am 1. und 2. Pfingsttage sein

### 29. Stiftungsfest.

Die Verpachtung der Wäse für ein Tanzfest, 1 Kruzest, 1 Schießbude und 1 Fahnenstand findet am Sonntag, dem 11. Mai, 4 Uhr nachm. auf dem Kriegerplatz in Bisbet statt.

Der Vorstand.

### Tanzunterricht in Neuenkirchen.

Die nächste Übung findet am Samstag, dem 10. Mai statt. Kinder 5 Uhr nachmittags, Erwachsene 8 Uhr abends. Zu dieser Übung werden auch die früheren Schüler eingeladen.

Gebr. Wienholt, Tanzlehrinstitut.

### Landw.-Verein Carum.

### Bersammlung

am Mittwoch, dem 14. Mai, nachm. 4 Uhr, in der Gastwirtschaft Jol. Grabe.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Mollereisachverständigen J. Pflugtrab, Oldenburg über: Die gegenwärtigen Unerfüllungsmethoden zur Bestimmung des Fettgehaltes der Milch.
2. Vortrag des Herrn Ökonomen Lohnd, Dinnlage über: Wichtige Aufgaben der Landwirtschaft in der nächsten Zukunft.
3. Aufnahme von neuen Mitgliedern.
4. Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

### Pferde-Versicherungs-Verein für Düngrup und Umgegend.

Am Sonntag, dem 11. Mai 1919, nachm. 3 Uhr in Besuden Gasthof zu Düngrup

### außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Erhöhung der Versicherungssumme betr. Änderungen des § 4 der Satzungen.
2. An- und Abmeldung betr.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

### Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß starb infolge Altersschwäche nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und gestützt durch den öfteren Empfang der hl. Sterbesakramente mein lieber Mann, Schwiegervater und Großvater,

der Bäcker

### B. Schmiedes

Kriegsweizer von 63, 70 u. 71 im Alter von 77 Jahren.

Dies allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte, des Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Die trauernden Angehörigen

Gutten, den 7. Mai 1919.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, dem 10. Mai, um 10 Uhr in Gutten. Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche anzusehen zu wollen.







erhalten seien. Die neuen Mitglieder der Vertretung, darunter auch mehrere Damen, wurden verpflichtet und in ihr Amt eingeführt. Zu Mitgliedern des Gesamtdirektors wurden gewählt: Gewerkschaftsbeamter Flach, Malermeister Kaiser, Eisenbahndirektor Olmann und Schriftführer Roth, zu deren Erfolgen hienzu bzw. Frauen: Frau Wm. Harms, Schneider Meyer, Frau Sabowater, Landmann Wiemken. In den Wege-Ausschuss wurden gewählt: Feilenhauer John, Zylinderkreuzfeld, Gärtner Küster, Eisenbahndirektor Olmann, Schlosser Wahle, Landmann Wiemken, in den Rechnungsausschuss Kaufmann Selms, Schlosser Mehrens, Kassendirektor Velken, Schriftführer Roth, in den Schatzungsausschuss Kaufmann Selms, Frau Harms, Schriftführer Roth, Landmann Job. Wiemken. In zweiter Lesung genehmigt wurde das Statut betr. des Aufbruches im Stadgebiet. Dabei wurde beschlossen, die zweite und dritte Forderung, den Raubhacker sowie den nördlichen Teil des Redderer nicht mit in den Aufbruch einzubeziehen. Gegen diejenigen Personen, die Hilfe und Hausrecht auf die Wege werfen und dadurch die Wege verunreinigen, soll energisch vorgegangen werden. Der Stadbauhof an der Jägerstraße soll baldmöglichst instand gesetzt und ordnungsmäßig eingestrichelt werden.

Der Streik der Metallarbeiter wie der Lehrlinge dauert noch an. Bekanntlich hatten die Metallarbeiter beim Demobilisierungskommissar beantragt, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses (1,95 Mk. pro Stunde für gelehrte Arbeiter über 20 Jahre) für verbindlich zu erklären, während die Arbeitgeber gegen den Schiedspruch Protest einlegten. Der Demobilisierungskommissar wies die Angelegenheit an den Schlichtungsausschuss zurück, der sich am Dienstag nachmittags nochmals mit der Frage beschäftigte. Trotz mehrfacher Verhandlungen kam keine Verständigung zustande, und der Schlichtungsausschuss hätte einen Schiedspruch mit denselben Lohnsätzen wie im ersten Schiedspruch festgesetzt. Es bleibt abzuwarten, welche Stellung die Arbeitgeber beim Industriellen nunmehr einnehmen. Dem Vernehmen nach wollen die Arbeitgeber auch den Schiedspruch in der Lehrlingsfrage ablehnen. Diese Lehrlingsentscheidung beträgt im Handwerk im ersten Jahre wöchentlich 6 Mk., im zweiten Jahre 10 Mk., im dritten Jahre 15 Mk., im vierten Jahre 20 Mk., in Fabrikbetrieben im ersten Jahre 9 Mk., im zweiten Jahre 14 Mk., im dritten Jahre 22 Mk., und im vierten Jahre 28 Mk. Die vom Schlichtungsausschuss einberufene Elternversammlung war stark besucht und ergab als Resultat, daß die große Mehrzahl der Eltern hinter dem Metallarbeiterstand steht, der einen großen Teil der Lehrlinge bereits organisiert hat. Es ist nur dringend zu wünschen, daß es möglichst schnell zu einer Beendigung des Streiks kommt, sonst ist ernstlich zu befürchten, daß der Streik noch schärfere Formen annimmt und die anderen Gewerkschaften sich mit den Metallarbeitern solidarisieren werden.

Mitglieds im Kaufmännischen Handel. Der Oberbürger Landt hat sich am 8. April 1919 mit der Reichsregierung unter dem 8. April 1919 geschlossenen Protokoll gegen Mitglieder im Kaufmännischen Handel und des Staatssekretärs des Reichsernährungsamts. Die Verhältnisse der heutigen Hungerbewirtschaftung haben sich in der Zwischenzeit aus den auch wohl dort bekannten Umständen nicht nennenswert gebessert. Alle beteiligten Dienststellen sind bemüht, für eine möglichst reichliche Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln zu sorgen. Die Aufzucht der vorhandenen Kaufmännischen Mengen hängt von der Transportmöglichkeit auf den Eisenbahnen ab. Vieh ist die Kohlenlieferung in angemessenen Grenzen, so wird es möglich sein, die Bestände in Kaufmännischen noch so rechtzeitig den Verbrauchern zuzuführen, daß sie der diesjährigen Ernte zu Gute kommen. Die festgesetzten Preise gehen über eine Höhe, die der Industrie die Weiterproduktion gestatten, nicht hinaus. Das eine Verzicht auf Lebenserhaltung der Höchstpreise besteht, ist eine bedauerliche Tatsache. Sie kann nur wirksam bekämpft werden, wenn das Publikum die Behörden dadurch unterrichtet, daß jeder Fall zur Anzeige gebracht wird.

Bei dem Reichswehr-Bataillon hier wird auch ein Nachrichtenzug gebildet. Junge intelligente Leute werden dort zu den bekannten Bedingungen eingestellt. Es wird ihnen Gelegenheit gegeben, sich in allen technischen Nachrichtenmitteln, als Fernsprecher, Funker, Blinker, Erdtelefunken usw. auszubilden.

Reichswehrverwertungsgesellschaft hat die Freigabe von 4450 neuen Militärflugzeugen für die Gemeinden des Amtsbezirks und eine der Einwohnerzahl entsprechende Anzahl für die Stadt verfügt. Der Einkaufspreis beträgt 14 Mk., der von den Gemeinden zu erhebende Verkaufspreis soll möglichst 15 Mk. nicht überschreiten. Die Verteilung stellen zur Ausgabe gelangen.

b. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit ausländischem Mehl wird Mitte der nächsten Woche beginnen. Jede Person erhält zunächst 1/2 Pfd. Die eingefrorenen Mehlbestände sind von vorzüglicher Güte, aber sehr teuer. Das Pfund Mehl kostet im Verkauf 2,50 Mk. Wer diesen hohen Preis nicht bezahlen kann, erhält Mehl von geringerer Güte zu einem billigen Preise. Die Versorgung von Speck und Fettwaren wird noch etwas auf sich warten lassen, da zunächst erst die Großstädte und die Industriebezirke beliefert werden sollen, um dort die Bevölkerung zu beruhigen. In der Stadt werden auch die füllenden Mütter werden dagegen auch jetzt schon reichlicher als bisher beliefert. Im allgemeinen darf man hier den kommenden Wochen hinsichtlich der Ernährung mit mehr Ruhe entgegensehen als man bisher annahm. Drückend sind nur die hohen Preise, die es manchem Mitbürger unmöglich machen, sich in den Besitz der ausländischen Waren zu setzen.

Gesamtschlachtungen in den Jahren. Der Viehhändler G. H. aus B. und dessen Sohn August sind angeklagt, mindestens 13 Ochsen, Kühe und Käber, 2 Schweine und ein Schaf verbotener Weise geschlachtet und das Fleisch im Schleißhandel zu hohen Preisen verkauft zu haben. Der alte H. will von dem Treiben seines Sohnes keinerlei Kenntnis gehabt haben. August H. bestritt, so viele Tiere, als die Anklage behauptet, geschlachtet zu haben. Er hat die Schlachtungen in einem Fuhrerwalde oder auch bei Verwandten in B. vorgenommen und seine Abnehmer an bestimmten Orten im Freien beliefert. Das Urteil laut r gegen jeden der Angeklagten auf 3 Wochen Gefängnis und 10 000 A. Geldstrafe. August H. soll außerdem noch 500 Mk. zahlen. Das vorgefundene Fleisch wurde eingezogen.

Schmidel mit Prementabak. Hier war kürzlich viel Rauchtabak in Rollen im Handel, der nichts anderes war, als mit Tabaklage getränktes Papier. Die Rolle kostete 1,30 Mk. und darüber. Gegen derartigen Betrug sollte doch streng vorgegangen werden!

Der kath. Arbeiterverein hielt am Sonntag seine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Nach Begrüßungsworten des Präses, Kaplan Vorwerk, wurden verschiedene in der Generalversammlung wegen Zeitmangels zurückgestellte Angelegenheiten erledigt. Beschlossen wurde, den Vertrauensmännerapparat neu zu organisieren. Im Monat Juni soll ein Ausflug mit Familienangehörigen stattfinden. Zum Schriftführer und Kassierführer wurden die Herren Klaus und Rhein gewählt. Am Mittwoch, dem 12. d. Mts., soll eine Vorstandssitzung abgehalten werden. Der Präses hielt einen Vortrag über das von Professor Durthoff angeregte Berufsprüfung und besprach eingehend die Durthoffsche Denkschrift wie die Gegenschrift des Landtagsabgeordneten Albers. Sekretär Sante sprach über die Tätigkeit des Sozialen Ausschusses, der erfreulicherweise in unserer Stadt immer mehr Boden gewinnt. Von verschiedenen Rednern wurde auf die Notwendigkeit der Werbearbeit für die „Odenburgische Volkszeitung“ hingewiesen.

Die Eintragung in die Kaufmännischen Kohlengeschäfte müssen bis zum 17. d. Mts. erfolgen.

Zu dem Fußballwettkampf am die Weichersdorf von Norddeutschland zwischen „Frisia“-Wilhelmsb. und Bremer Sportklub hatten sich 1200 Zuschauer auf dem Saarensfeld eingefunden. Bremen siegte mit 5:1.

Der Tod hat hier in den letzten Wochen wieder erheblich unter den älteren Mitbürgern angedermt. Fast täglich waren Todesfälle von Personen zu melden, die über 70 bis 80 Jahre alt waren.

In eine bedrängte Lage geraten sind hier verschiedene ältere ehemalige Diener des Großherzogs. Infolge der Abkündigung des Großherzogs sind sie trotz ihrer festen Anstellung am 1. April entlassen worden und beziehen jetzt nur eine derart geringe Pension, daß sie davon die Kosten für die Lebenshaltung ihrer Familien nicht bestreiten können. Eine Beschäftigung bei den Behörden usw. hat ihnen nicht vermittelt werden können. Alle Berufe und Dienstverweise sind jetzt überfüllt, und es besteht auch keine Hoffnung, daß dieser Zustand sich in der nächsten Zeit schon bessern wird.

Delmenhorst, 9. Mai. Gefasste Pferdebeide. Dieser Tage kam nach hier die Meldung, daß in Oldenburg aus einer Volkerei zwei Schimmelwallache gestohlen seien. Die Diebe wurden von hier aus verfolgt. Die Pferde wurden im Stich gelassen. Einer der Pferdebeide wurde sofort festgenommen, der andere setzte sich zur Wehr und bedrohte jeden, der sich ihm in den Weg stellte, mit dem Revolver. Nach aufregender Verfolgung wurde er aber in Schönmorpe gestellt und nun unter strenger Begehung nach hier gebracht.

Jeverland und Jadesüde. Wilhelmshaven, 8. Mai. Der Oberbürgermeister von Jeverland hat sich nach Berlin begeben, um mit der Reichsregierung über einen Verkauf der Reichsmeierei Wilhelmshaven an die Rheinisch-Westfälische Industrie-Gesellschaft zu verhandeln. Inzwischen hat die Einkente erklärt, daß die Werft Wilhelmshaven (schleifen lassen würde; um dem zuvorkommen, beabsichtigt die Stadt, die Werft an eine Privatgesellschaft zu verkaufen. Es wird ein Betrag von 50-100 Millionen Mark genannt.

Uah und Fern. Bremen, 5. Mai. Die ersten amerikanischen Lebensmittel gelangen jetzt durch den Generallieferanten 1-2 Wochen verzögert zur Verteilung. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen 100 Gramm Schmalz (Pfund 7 Mk.), 1/2 Pfd. gefalzene Schmelzwurst (Pfd. 7 Mk.) und 1/2 Pfd. Weizenmehl (Pfd. 2,50 Mk.). Wenn die Mengen nur den hohen Preisen entsprechen, würden die hungrigen Stadien (die mächtigen Stadtskizzen, wie die Sandsteine sagen) bald satt und fett werden!

Kurzer Wochenbericht. Preisbericht über d. Deutsh. Landwirtschaftsrats vom 29. April bis 5. Mai 1919. Lage des Weltmarktes für Weizen. Gelegentlich der Verhandlungen über die Finanzierung weiterer Lebensmittellieferungen teil der Ernährungskommissar Hoover dem Unterstaatssekretär von Braun nahe gelegt haben, Deutschland möge argentinischen Weizen kaufen, da amerikanischer Weizen schon sehr knapp sei. Das würde die von dem Präsidenten des amerika-

ischen Getreide-„Market“ Barnes vertreten. Anknüpfung befristigen, daß die noch vorhandenen Getreideerträge der letzten Ernte gerade ausreichen, um den Lieferungsverpflichtungen gegenüber den Alliierten und Neutralen zu entsprechen, während im Gegenzug hierzu in amerikanischen Getreidekreisen bisher die Ansicht vorherrschte, daß Amerika mit einem Vorrat von 100-200 Mill. Bsh. (2,7-5,5 Mill. To.) in die neue Ernte eintrieten würde. Die Aussichten für die nächste Ernte in den Vereinigten Staaten blieben weiter wiederholend, und wenn neuere private Schätzungen auch hinter der letzten offiziellen Voraussage zurückblieben, so darf doch mit einer bisher nicht erreichten Produktion gerechnet werden. Angesichts des zu erwartenden Weizenüberflusses beginnen sich in den Kreisen des amerikanischen Getreidehandels erste Bedenken gegen die von der Regierung eingeschlagene Preispolitik geltend zu machen. Man bezweifelt drüber, daß der amerikanische Weizen, zumal bei weiterer Exportkonturrenz der übrigen Produktionsgebiete, sich auf Weltmarkt der Garantierpreise von 228 Cent an den Weltmarkt wird verteuern lassen. Wohl steht an der Regierung ein Fonds von 1 Milliarde Dollar zur Verfügung, es scheint jedoch, daß dieser Staatszuschuß nicht zur Verbilligung der Exportpreise, sondern zur einer größeren des inländischen Verbrauchs Verwendung finden soll. Um bei einem Weizenpreise von 228 Cent ein einen Preis von 6 Cent zu ermöglichen, beabsichtigt die Regierung den Bäckern das Mehl mit einem Preisnachschlag von 2 Dollar pro Tonne zu liefern. Hierzu bemerkt die „Sun“, daß eine Vergütung von 2 Dollar nicht genügen dürfte, um den Preis von 6 Cent herabzudrücken, denn die Mehlpresse seien früher nicht um 2, sondern um 6-12 Dollar gestiegen. Andererseits werde es kaum möglich sein, den Ueberfluß der nächsten Ernte auf Basis von 228 Cent los zu werden, denn unter Berücksichtigung der Fracht würde sich der Weizen in England auf 3 Dollar stellen, während australischer Weizen dort schon mit 1,95 Dollar zu haben sei und voraussichtlich noch weiter im Preise zurückgehen würde. Bekanntlich verfügt Australien noch über erhebliche Vorräte, und auch in Argentinien hatten große Mengen der Vorräte; der für die Ausfuhr verfügbare Ueberfluß an altem und neuem Plataweizen wird auf 3,3 Mill. To. geschätzt.

Stimmen aus unserem Leserkreise.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Keine einseitigen Beschuldigungen. Als Arbeiter möchte ich auch für uns diesen Grundsat zu Anwendung gebracht wissen. Nach den Ausführungen verschiedener Artikel in letzter Zeit könnte man zu der Ansicht kommen, als die Streiks, Unruhen u. s. w. würden von den Arbeitern nur unternommen, um zu launeligen, um Druckmittel zu werden zu bringen. Nach den Umständen zu urteilen, gibt man sich fast gar keine Mühe, deshalb möchte ich die gewöhnlichen Arbeiter hierüber mal meine Ansicht äußern. Vor dem Kriege gab es mit der Gleichberechtigung des Arbeiters an allen Geleiten recht schlecht aus. Und wie sah es während des Krieges aus? Im Schützengraben der gewöhnliche Mann. Kam er mit Urlaub, so gab es für Antwort: „Sie haben ja keine Landwirtdienst und kein Gehalt, was wollen Sie mit Urlaub.“ In den Kriegsbetrieben war die dauernde Antwort auf jede Beschwerde: „Wenn es Ihnen im Schützengraben besser geht, können Sie gehen.“ Gelpakete kannte der Arbeiter nicht, ja den Frauen wurde von allen Seiten zugeworfen: „Schreib ja Cuern Männern nicht, daß Ihr Hunger habt.“ Ja, Hunger haben nicht nur wir, sondern auch unsere Frauen und Kinder gelitten. Und wie sieht es heute aus? Mit abgetragenen Sachen beglückt man uns schon ganz recht mehr. Für Kleidung, Heizung und now. Hausgeräte kennt ein jeder ja die Preise. Wenn wir dementsprechend auch Löhne verlangen, dann geht nicht aus die Schuld. So z. B. mußte ich früher für eine lampige Hufe 2 Tage arbeiten, heute 2 Wochen! Wie bleibt bei der Verbesserung unserer Lage? Betreffs der Lebensmittel will ich hoffen, daß die Regierung dafür sorgt, daß uns diese dauernd in genügender Menge von Ausland zugeführt werden. So kann es nicht lange mehr gehen. Wenn wir nicht mal alle 10 Tage mehr geben, 125 Gramm Butter bekommen und dann einmal im Jahre 5 Pfund Hindenburgspeck, können wir davon leben? Ja, nicht mal Kartoffeln können wir auf Scheine haben, jeder Landwirt behauptet, mehr als eine Pflicht getan zu haben. Aber wenn man eine Reife nach Osnabrück macht, wird man anderer Ansicht und man muß wohl dem Bahnarbeiter glauben, der die Behauptung aufstellt, daß mindestens täglich 2 Waggons über die Grenze gehen. Den hiesigen Arbeitern gibt keiner etwas, dann hat keiner etwas übrig, oder man muß fragen, daß man von Osnabrück ist. Im Hamptpreise zu zahlen, reichen aber auch unsere Väter längst nicht aus, auch die in den Städten nicht, sondern die Ware finden wir größtenteils wieder in den besseren Hotels und Speisewirtschaften. Bevor nicht die Preise für Lebensmittel und sonstige notwendigen Lebensmitteln niedriger werden, kann von einem Abbruch der Löhne keine Rede sein. Auch die Arbeitslosigkeit werden nicht in die Höhe gehen, wenn nicht die Lebensmittelrationen steigen. Was mir alle wieder täglich arbeiten müssen, wenn Deutschland lebensfähig bleiben soll, ist klar, ohne Arbeit keine Werke. Es gibt aber auch Leute, die wissen, daß man seinen Unterhalt leichter und angenehmer verdient, wenn man andere für sich arbeiten läßt und solche, welche sich lieber mit dem Vertrieb als mit dem Herstellen von Ware beschäftigen und solche gibt es leider zu viele. Eins ist auch mir bewußt, soll es wieder besser werden in unserm Vaterlande, dann müssen bei all unserm Tun und Lassen wieder die Ordnung und die Ehrlichkeit zu uns voll zur Anwendung gebracht werden. Und

jede Bewegung, mag sie nun wirtschaftliche oder politische Ziele verfolgen, muß ihre Grundzüge auf den festen Boden des Christentums aufbauen. Ob dies der Fall ist bei einer Vereinigung, jeder Christ ersieht nach allen Richtungen hin zu prüfen. Und wenn dies der Fall ist, dann werde nicht und läßt sich seinen Lebensgenossen an. Allen Arbeitern kann nicht oft und dringend genug zugemessen werden: Schließt euch den Christen an!

Goldstein, den 6. 5. 1919.

In unserer Gemeinde werden jetzt die sog. Gefangenenelder an die Kriegsteilnehmer aus der Gemeinde verteilt. Das ist jedenfalls eine ehrenwerte Tat, die jeder edel Gemütete zu würdigen wissen wird, wenn sie auch schon von irgend jemanden an dieser Stelle kritisiert wurde. Es herrscht jedoch darüber, wie die Verteilung abzuhandeln, über der sich geht, unvollkommene Umstände. Von verschiedenen Seiten sind mir schon Wünsche zu Ohren gekommen, die der betr. Instand, die die Sache regelt, Parteilichkeit und Ungerechtigkeit vorwerfen. Ich zweifle nicht an dem korrekten und weissen Vorgehen des Verteilungsausschusses, Unzufriedene jedoch finden immer einen Sündenbock. R. E. hätte die Verteilung allerdings besser regeln lassen, und zwar wie folgt:

Man hätte eine Veranlassung der Kriegsteilnehmer der Gemeinde einberufen, die Verteilung der betr. Gelder besprochen, diesbezgl. Vorschläge entgegengenommen und sich über die Annahme eines folgenden Antrages geeinigt: Jeder Gemeindegeldnehmer erhält von dem Gelde, wenn er während der Kriegszeit länger als 2 Jahre Soldat gewesen ist. Für jedes Dienstjahr darüber hinaus werden 25 Mk., für jedes Jahr Dienst in der Front (nicht Etappe) während dieser Zeit 50 Mk. ausgezahlt. (Als Dienstjahr rechnen 6 Monate und mehr.) Einz. der z. B. 3 Jahre 7 Monate Soldat und davon 1/2 Jahr in der Front war, erhält für 19 Monate (rund 2 Jahre) Dienstzeit 2,25 Mk. = 50 Mk., für 18 Monate (rund 2 Jahre) Frontdienstzeit 2,50 Mk. = 100 Mk., zusammen 150 Mk. Die Dienstzeit und genaueren Angaben hätte man ja aus den Entlassungspapieren (Dah. Nationale usw.) des entlassenen Kriegsteilnehmers erfahren können. Bei dieser festgestellten Verteilung hätte der Betrag sicher eben so gerecht wie jetzt. Allerdings wäre es auch nicht auf Demokratie, Gerechtigkeit und Unparteilichkeit basiert. Vielleicht ist es noch möglich, Angehörtes zu berücksichtigen.

Einer im Interesse vieler.

Wetter-Aussichten

- für mehrere Tage im Voraus. Unberechtigt Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.
- 11. Mai: Wolzig mit Sonne, strichweis Regen, warm, windig.
  - 12. — Wenig verändert.
  - 13. — Wolzig, teils bedeckt, Regenfälle, strichweis Gemitter, windig.
  - 14. — Meist wolzig mit Sonne, strichweis Regen, windig, angenehm.
  - 15. — Kaum verändert.
  - 16. — Bewölkt, strichweis Regen, ziemlich warm.
  - 17. — Wenig verändert.

Soziales.

Der Gesekentwurf über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten.

Der von der Regierung angekündigte Gesekentwurf über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten ist in seiner ersten Fassung nach mehr im Reichsarchiv fertiggestellt worden. Im Laufe der kommenden Woche sollen Beratungen mit Vertretern des Handels und der Industrie, sowie mit dem großen Angestellten-Körperschaften stattfinden, um dem Entwurf die endgültige Fassung geben zu können.

Der Entwurf sieht, einer hiesigen Nachrichtenstelle zufolge den Angestellten das Mitbestimmungsrecht in weitgehender Weise. Als Grundlage für die Beratungen dienen die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kürzlich abgeschlossenen Verträge. Man sieht hier also auf die Abmachungen, die im Bankgewerbe, Versicherungswesen und in der Metallindustrie bereits vorliegen. Der Entwurf sieht zunächst den Angestellten das prinzipielle Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen und Entlassungen in bedingter Weise auch bei Beförderungen und Neueinstellungen. Ramentlich in dem letzten Punkt wird man die endgültige Formulierung erst im Laufe der kommenden Besprechungen finden. Das Reichsmitbestimmungsrecht steht auf dem Standpunkt, daß der Betriebsrat wohl für die Angestellten bis zu einer gewissen Gehaltsstufe — vorläufig ist die Grenze bei Jahreseinkommen bis zu 12 000 Mark gezogen — zuzieht, daß aber für das Engagement der Angestellten in leitender Stellung der Geschäftsleitung freie Hand verbleiben muß.

Auch die Fragen des Aufbaues der Wirtschaft und Arbeiterfrage werden ausführlich behandelt. Die einzelnen Betriebsräte werden zusammengefaßt in Betriebs-Wirtschaftsräten, auf denen sich der Reichsmitbestimmungsrat aufbaut, der eine Vereinigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bildet.

Von den Verhandlungen mit den einzelnen Körperschaften im Reichsmitbestimmungsrat wird es abhängen, ob der Entwurf in seiner jetzigen Fassung der Nationalversammlung vorgelegt werden kann.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Verlags- und Druckerei: Westph. Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Westph.